

Mc Donalds für den Bauch, Dallas für die Köpfe

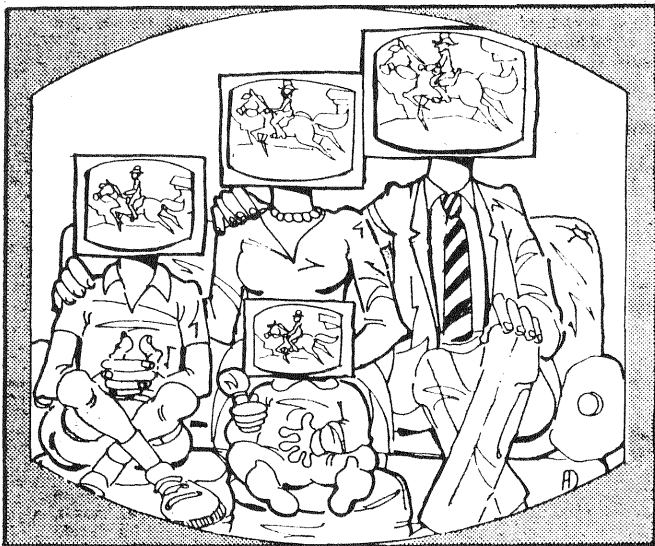
Kommerzielle Satelliten-Programme

Seit über zwei Jahren schon liefern unsere Spitzenpolitiker, ob schwarz, rosa oder blau, einen wahrhaft titanenhaften Kampf, um Luxemburgs medienpolitische Zukunft über die Jahrtausendwende hinaus zu retten und technologisch auszubauen. Unser kleines, aber modernes Staatswesen will den Zug in eine blühende Dienstleistungszukunft nicht definitiv verpassen, braucht hic et nunc seinen eigenen Satelliten, und selbst geballte, fremdländische Macht und Mißgunst wird unsere Spitzenpolitiker nicht davon abbringen können, das edle und wirtschaftspolitisch unverzichtbare nationale Vorhaben energisch und ausdauernd in die Tat umzusetzen. Luxemburgs vereinter Mediendienst der Parteien, vom bischöflichen Generalanzeiger bis hin zur gewerkschaftlichen LSAP-Hauspostille, gestaltet das Bild, verbreitet die Botschaft, feiert

diplomatische Erfolge und Höhenflüge, leckt die Wunden nach unvorhersehbaren Rückschlägen und schürt nationale Wallungen gegen den böswilligen Widerpart im Ausland, der uns bekanntlich schon den Cattenom-Brocken vor der Haustür verpaßt hat, und der uns (lies RTL) nun gar weder einen Kanal auf seinem Satelliten noch uns selbst einen eigenen grenzüberschreitenden Haus-Satelliten der Qualität "marque nationale" (SES-GDL) so recht gönnt. Soweit das gezeichnete Stimmungsbild, soweit die bisherigen Episoden des Geschehens, für den Rest, wer blickt da schon noch durch, bei all den sukzessiven Projekten: Coronet-Whitehead-Pläne geplatzt, null Kanal, trotz inbrünstigen Werbens, für das Medienhaus Gust Graas in Frankreich, nun also SES-GDL und parallel dazu eventuell noch Kanäle für RTL bei unseren bundesdeutschen CDU-

Freunden (SAT1, 3SAT)? Wer weiß da noch wirklich Bescheid und wie soll es weitergehen in diesem medienpolitischen Poker?

Wohl selten waren politische Entscheidungen in unserem Land umgeben von soviel politischem Dunst und soviel Geheimdiplomatie, behaftet mit soviel finanziellem Gerangel und Geschiebe hinter den Kulissen wie bei diesen Diskussionen und Verhandlungen, aber gottlob, unsere Spitzenpolitiker blieben fest und entschlossen, und allen Pannen und Widerwärtigkeiten zum Trotz: das Projekt (SES-GDL) lebt, wurde abgesegnet im Hause der "honorables", unsere wirtschaftspolitische Zukunft ist also so gut wie gesichert. Im Klartext: Die Trägergesellschaft SES steht, gestützt auf den Pfeilern einer breiten Palette von Banken und Finanzgruppen und gestärkt noch durch den Einsatz der SNCI und der Caisse d'Epargne, der GDL-Satellit ist bestellt bei der amerikanischen Firma RCA und sogar der Start mittels der europäischen ARIANE ist ausgemachte Sache. Alles ist heute, da das Votum in der Kammer erfolgt ist, klar oder scheint so; der Staat übernimmt eine Bürgschaft von 3,5 Milliarden F während der Startphase, d.h. während der kommenden 3 Jahre; das Abenteuer kann beginnen.



in: La Croix 22.1.82

Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft?

Es ist auffallend, wie wenig in den Debattenbeiträgen der 3 großen Parteien (CSV, LSAP, DP) – obwohl es sich eigentlich ja um ein medien- und kommunikationspolitisches Projekt drehte – gesprochen wurde über mögliche soziale und kulturelle Folgen der Entwicklung kommerzieller Satelliten-Projekte, und wenn trotzdem der/die eine oder andere darüber einige Worte oder Sätze verlor, so verblieb dies überwiegend im engen Rahmen absolut oberflächlicher und seichter Kulturkritik.

Im Vordergrund des Interesses stand eindeutig das Wirtschaftspolitische, die neue Ausrichtung bzw. Weiterentwicklung nationaler Wirtschaftspolitik auf dem Weg in die angestrebte Dienstleistungszukunft, und auf diesem Feld gerieten die ansonsten so nüchternen und konservativ unbeweglichen Wirtschafts- und Finanzexperten geradezu ins Schwärmen. Da wurde mystifizierend gefaselt von einer luxemburgischen "Vokation" im audiovisuellen Bereich,

von "unserer audiovisuellen Zukunft", die man nicht verpassen dürfe, von einem "pole de développement économique", der eine "croissance extraordinaire" in der Zukunft versprechen würde usw.

Daß das Projekt in Wirklichkeit, auch rein wirtschaftspolitisch und finanziell betrachtet, mit einigen nicht unerheblichen Risiken behaftet bleibt (u.a. hohe Staatsgarantie für erhoffte spätere Steuereinnahmen bei allenfalls 30-40 zu erwartenden Arbeitsplätzen), wird in diesem Zusammenhang sogar vom Staatsrat gesehen, der von einer "opération à grands risques" spricht, dem zweifelhafte "retombées économiques et sociales" gegenüberstehen würden. Viel Unklarheit und Unsicherheit also hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Zukunftsaussichten, eine Tatsache, die allerdings nur den weniger wichtigen Teil der Gründe ausmachte, warum ich im Namen der "Gréng-Alternativ" das Projekt nicht stimmen konnte.

Es ist hier nun nicht der Raum, die globale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik dieser Regierung zu analysieren und kritisch zu hinterfragen und noch weniger bietet der enge Rahmen eines kurzen Artikels die Möglichkeit, konkrete Ansatzpunkte, Mittel und Wege einer alternativen, ökologischen Wirtschaftspolitik zu zeichnen. Wichtiger in diesem, im vorliegenden Zusammenhang des GDL-Projekts und der kommerziellen Satelliten-Programme im allgemeinen ist der globale, der internationale Rahmen dessen, was sich seit einigen Jahren auf medienpolitischem Gebiet abspielt, wichtiger sind die eigentlichen wirtschaftspolitischen und politischen Hintergründe, um die es in Wirklichkeit geht.

Global und sehr nüchtern betrachtet geht es bei dem ganzen Gerangel, bei dem massiven internationalen Druck hin zu privaten Kommerzfernsehlösungen vor allem darum, neue Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten für überschüssige Kapitalien zu schaffen in neuen, als zukunftssträftig betrachteten Sektoren, anders ausgedrückt, um erhoffte profitable Geschäfte auf dem Gebiet von Information, Kommunikation und Unterhaltung, wobei es den beteiligten und konkurrierenden Finanzmagnaten und Drahtziehern à la Berlusconi, Murdoch, Frères,

Seydoux hauptsächlich um die größtmöglichen Anteile am einnahmestärkenden jährlichen Werbekuchen geht. Das nur zu den wirtschaftspolitischen Hintergründen, um die es in erster Linie geht.

Welche Medienpolitik in den 90er

Jahren?

Subsidiarisch eröffnet der Durchbruch rein kommerzieller Satellitenprogramme und die angestrebte Verdrängung öffentlich-rechtlicher Strukturen im Bereich der Medien der Kapitaleseite allgemein gesehen allerdings auch die Möglichkeit, den Medienmarkt immer totaler zu beherrschen und eine systemkonforme Gleichschaltung und Uniformisierung der Köpfe in die Wege zu leiten. Man mißverstehe diese Feststellung nun nicht in dem Sinne, die "Grünen" in Europa seien glühende Verteidiger bestehender öffentlich-rechtlicher Strukturen z.B. à la ARD, ZDF, RTB usw., so wie sich diese unter dem Druck des Parteienproporz und des allgemeinen Staatskonsenses in den vergangenen 20-30 Jah-

ren entwickelt haben. Gerade auch grüne und alternative Parteien und Bewegungen in Westeuropa haben in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder feststellen müssen, wie eng unter dem Druck der Regierungen und der etablierten Parteien in Wirklichkeit der pluralistische Rahmen auch im öffentlich-rechtlich strukturierten oder öffentlichen Auflagen verpflichteten Medienanstalten gezogen wird.

Kritisches Denken, kultur- und gesellschaftskritische Kontestation von seiten ökologischer, basisorientierter und sozialer Bewegungen, von seiten der Frauen- oder der Friedensbewegung blieben bisher auch in diesen Programmen unterdrückt oder allenfalls nur sporadisch und ansatzweise geduldet. Ein gewisser, wenngleich beschränkter Freiraum für kritische Information und Meinungsbildung bestand bisher immerhin, und diese Freiräume im öffentlich-rechtlichen Anstalten könnten durchaus viel weitgehender ausgedehnt werden, falls der öffentliche Zugang zu den Rundfunk- und Fernsehanstalten und ihre Kontrolle verändert und demokratisiert würden.

Maßnahmen, die eine solche Demokratisierung in die Wege leiten könnten, wären z.B. der Ausschluß von parteipolitischen Mandatsträgern aus den Aufsichtsgremien der Anstalten, um deren jahrzehntelange Vereinnahmung durch Staat und Parteien zu durchbrechen, und umgekehrt die Neubesetzung dieser Gremien mit Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen, mit Vertretern von Bürgerinitiativen, Gruppen der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung, Vertretern von Ausländerorganisationen usw. Zu denken wäre in diesem Zusammenhang auch an Geschlechterparität und zeitliche Begrenzung des Mandats in den Aufsichtsgremien, an die Erprobung von Modellen der Direktwahl von Rundfunkräten, an den Ausbau der journalistischen Mitbestimmung und Sicherung der inneren Rundfunkfreiheit durch demokratische Redaktionsstatute, an die Einrichtung von Lokalstudios und -sendern, in denen die Bürger mit professioneller Unterstützung eigenverantwortliche Programme planen und gestalten könnten. Daß die "Grüne-Alternativ" in diesem Zusammenhang natürlich auch die Aktivitäten lokaler, nicht-kommerzieller freier Radios oder alternativer Filmprojekte (Typ "Billerfabrik") unterstützen, liegt wohl so sehr auf der Hand, daß ich es an dieser Stelle nicht noch eigens betonen muß.

Gegen eine Liberalisierung zugunsten kommerzieller Satellitenprogramme

Die Befürworter des GDL-Projekts und einer Liberalisierung des europäischen Medienmarktes zugunsten kommerzieller Satelliten-Programme beriefen sich während der Debatten immer wieder auf die Menschenrechte, auf die Informations- und Pressefreiheit, auf die Akte von Helsinki usw., und sie beschworen leidenschaftlich unterkühlt (wohl weil sie ihre eigenen Worte nicht ganz ernstnehmen!) eine "télévision sans frontières", die Herausbildung einer "conscience européenne", die nun endlich durch die freie Ausstrahlung vielfältiger neuer Satellitenprogramme im Interesse der Menschen erreicht werden könne.

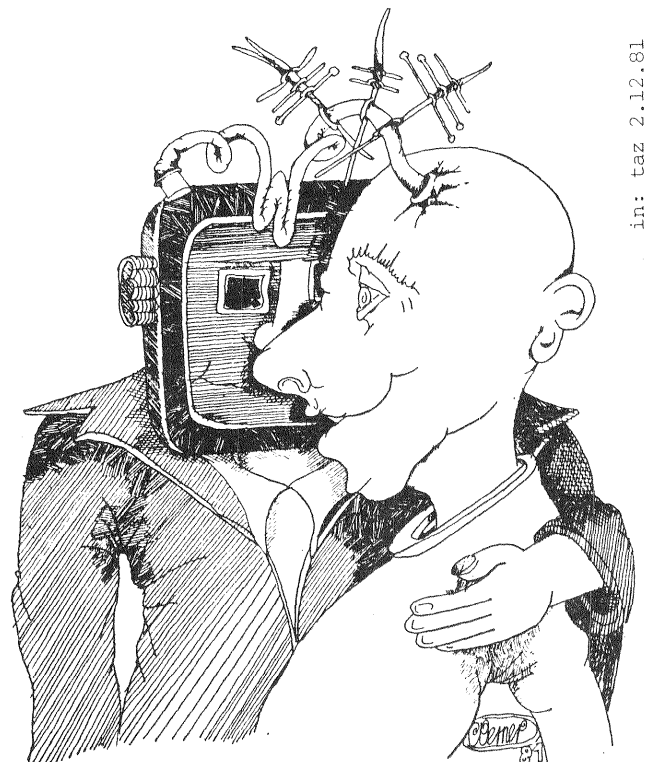
Das klingt natürlich oberflächlich betrachtet sehr schön, entspricht aber keineswegs der zu erwartenden

Entwicklung auf dem Gebiet von Information, Kommunikation und Unterhaltung. Vermehrung der Programmangebote bedeutet nämlich nicht notwendig eine qualitative Belebung der Meinungsvielfalt, im Gegenteil. Raumfahrt- und Satellitentechnik sind Großtechnologien und ihre Nutzung zu Übertragungszwecken erfordert enorme Kosten. Nur kapitalistische Medienkonzerne oder große Zusammenschlüsse von Unternehmen im Medienbereich sind überhaupt in der Lage, die notwendigen Investitionskosten aufzubringen. Wirtschaftliche Konzentrationsprozesse der Medienunternehmen werden durch diese Technologien geradezu erzwungen. Nicht die versprochene Erweiterung, sondern die Beschränkung der Meinungsvielfalt ist die zu erwartende Folge. Zudem hat eine derartige technisch wie ökonomisch beschaffene Medienstruktur die Tendenz, kulturelle Vielfalt und Besonderheiten einzuebenn.

Gibt es an dieser Entwicklung überhaupt irgendwelche Zweifel? Man betrachte in diesem Zusammenhang nur die Realität des Kommerzfernsehens in den USA mit ihrer ganzen geistigen Niveaulosigkeit, mit ihrer peinlichen Dallas-Denver-Rambo-Kultur, mit ihren kurzen Programmteilen zwischen den geballten Cola-Mc Donalds- und Stuyvesand-Werbeprogrammen! Sollten kritische Zeitgenossen also keine Angst haben müssen vor solchen Entwicklungen? Sollten sie etwa keinen Widerstand leisten gegen die schleichende Kommerzialisierung, Uniformisierung und Gleichschaltung der Köpfe? Vor allem auch darum ging es uns jedenfalls bei den Debatten um den "eigenen Satelliten".

Jean Huss

In einer Serie im "Letzeburger Land" aus Anlaß der Kammerdebatten konnten alle grossen Parteien ihre Vorstellungen zum Satelliten-Dossier darlegen. "Vergessen" wurden die Grünen. Deshalb bat "forum" den GAP-Abgeordneten J.Huss um die Haltung ihrer Partei zu diesem Thema.



in: taz 2.12.81